

Antrag Nr. 4

der Fraktion „Freiheitliche Arbeitnehmer“
an die 183. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 27. Mai 2025

Zugeständnis einer zusätzlichen Erholungsurlaubswoche für Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer im öffentlichen Dienst

Die 183. Tagung der Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien beschließt, sich dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung aufgefordert wird, Verhandlungen anzustreben, um eine zusätzliche Urlaubswoche für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst die 24/7 für unser Wohl bedacht sind, umzusetzen. Da diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus verschiedenen Gründen keine oder kaum Möglichkeiten haben ihre Arbeitszeit zu reduzieren, soll nicht vernachlässigt werden.

Die Verkürzungen von Arbeitszeiten sind in aller Munde. Es ist wichtig, dass man darüber nachdenkt und das Thema diskutiert, denn eine letzte Anpassung fand vor mittlerweile 41 Jahren statt. Gleich fällt aber auf; es wird nicht in allen Berufsgruppen möglich sein. Zum Beispiel im „Öffentlichen Dienst“. Konkret sind zahlreiche Bereiche betroffen, in denen eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht so einfach möglich sein wird. Bildung, Sicherheit, Soziales oder auch Beförderungsdienste, um nur einige zu nennen.

Sie alle sind für das Funktionieren unserer Gesellschaft unerlässlich. Um dies auch weiter zu gewährleisten und um kein soziales Ungleichgewicht bzw. Ungerechtigkeit zu schaffen, ist es nur fair eine Woche Erholungsurlaub zu zugestehen, als Zeichen der Wertschätzung, als Zeichen der Anerkennung der hohen Arbeitsleistung.

Meistens haben gerade diese Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer einen 12-Stunden- Arbeitstag und kaum Pause. Die Flexibilität der Arbeitszeit ist aufgrund der Tätigkeit zudem kaum möglich. In vulnerablen Berufsgruppen ist es daher umso wichtiger Anreize zu schaffen und diese zu attraktiveren.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich